

## Ukraine ringt um wirtschaftliche Erneuerung

# Ein Land im Stresszustand

Matthias Benz, Kiew 22.10.2014



Druckerei in Kiew: Trotz Krise steht die Wirtschaft in der Ukraine nicht still. (Bild: Gleb Garanich / Reuters)

**In der Ukraine wird am Sonntag gewählt. Die wirtschaftlichen Herausforderungen sind sowohl kurz- als auch langfristig enorm. Jedoch gilt auch das Potenzial des Landes als riesig – falls die notwendigen Reformen gelingen.**

«Jeder sonnige Tag ist ein guter Tag für die Ukraine», sagt ein internationaler Beobachter zur Begrüssung. In der Tat hat das Land in diesen Oktobertagen ungewöhnlich warmes Wetter erlebt. Die Parks in Kiew strahlen in den schönsten Herbstfarben. Aus dem Maidan, im letzten Winter Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen, ist wieder ein normaler Platz geworden: Die Menschen sitzen in der Herbstsonne und geniessen einen Kaffee, an die damaligen Ereignisse erinnern nur Fotos auf Stellwänden und vereinzelt Kerzen und Blumen. Überhaupt zeigt sich Kiew von der besten Seite. Die Stadt wirkt lebendig, weltoffen, sympathisch, streckenweise durchaus modern und reich. In schicken Lokalen tummeln sich junge, westorientierte Menschen. Die Dichte an teuren Autos ist beeindruckend; von einer reichen Kultur und Geschichte zeugen viele Sehenswürdigkeiten.

### **Riesige Herausforderungen**

Fast könnte man vergessen, dass die Ukraine ein Land im Stresszustand ist. Die Bemerkung eingangs war so gemeint: Jeder warme Tag ist einer, an dem die Ukraine kein Erdgas und keine Kohle zum Heizen braucht. Man wartet immer noch sehnsüchtig auf eine Einigung im Gasstreit mit Russland. Nur wenn man über den Winter hinweg von Russland wieder Erdgas erhält, wird in der Ukraine wohl niemand frieren oder ohne Heisswasser auskommen müssen. Aber die Lage wird in jedem Fall angespannt bleiben. Aus den Bergwerken im Osten des Landes kommt wegen des Kriegs zu wenig Kohle. Zudem ist jeder kalte Tag ein teurer Tag: Ohne westliche

Finanzhilfen vermag die Ukraine das russische Gas nicht zu bezahlen. Überhaupt wäre der ukrainische Staat ohne westliche Hilfen derzeit bankrott.

Land und Leute sehen sich enormen wirtschaftlichen Herausforderungen gegenüber. Die Wirtschaftsleistung könnte in diesem Jahr um fast 10% einbrechen. Vor allem die gewichtige Industrie im Osten ist wegen zerstörter Verkehrs- und Strominfrastruktur weitgehend zum Erliegen gekommen, während sich im Rest des Landes die Wirtschaft immerhin auf dem Niveau des Vorjahres hält. Wegen der Krise stehen die Staatsfinanzen unter starkem Druck. Die Rezession und die Finanzierung des Krieges im Osten fordern ihren Tribut. Das grösste Loch in die Staatskasse reisst jedoch die hoch subventionierte staatliche Erdgasgesellschaft Naftogaz. In diesem Jahr dürfte ein Defizit von über 7% des Bruttoinlandprodukts (BIP) zu decken sein. Sinnigerweise steht der Naftogaz-Hauptsitz in Kiew gleich neben dem Energieministerium.

## **Verschleppte Reformen**

Verwerfungen erschüttern ebenfalls das finanzielle Gefüge. Die ukrainische Währung Hrywna hat gegenüber dem Dollar seit Jahresanfang rund 50% an Wert verloren. Das war verbunden mit Kapitalflucht und Belastungen des reformbedürftigen Finanzsektors. Für die Konsumenten wiederum hat wegen teurerer Importgüter und höherer Energiepreise die Inflation auf eine Jahresrate von gut 12% angezogen. In dieser schwierigen Lage wären Staat und Gesellschaft ohne westliche Finanzhilfe – namentlich das Beistandsprogramm des Internationalen Währungsfonds (IMF) – kaum über die Runden gekommen. Gleichzeitig geht derzeit in Kiew jedermann davon aus, dass die vom IMF zugesagten Gelder von 17 Mrd. \$ bis Anfang 2016 nicht ausreichen werden.

Was muss geschehen, damit es besser wird? «Vielleicht muss alles zuerst noch schlimmer werden», formuliert es pointiert Pawlo Scheremeta, der bis vor zwei Monaten als ukrainischer Wirtschaftsminister amtierte. Der Ökonom versuchte – nach der «Maidan-Revolution» ins Amt gekommen –, in der Regierung eine reformorientierte Linie voranzutreiben. Aber er gab desillusioniert auf. Die Politik unternehme noch viel zu wenig, das Land drohe verloren zu gehen, kritisiert Scheremeta im Gespräch. Das Notwendige werde wohl erst getan, wenn man wirklich mit dem Rücken zur Wand stehe.

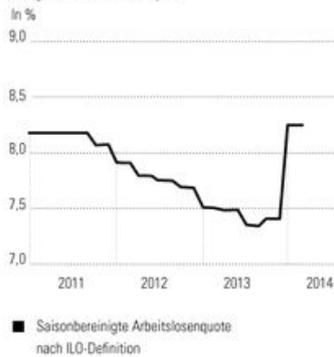
Scheremeta spricht damit an, dass die kurzfristigen Probleme der Ukraine verblassen gegenüber den langfristigen Herausforderungen. Das Land kämpft mit enormen strukturellen Mängeln, die seit dem Fall des Eisernen Vorhangs nie entschlossen angepackt wurden und die eine wirtschaftliche Entfaltung bisher verunmöglicht haben. Im Kern der Probleme liegt ein dysfunktionaler Staat. Der öffentliche Verwaltungsapparat gilt als durchweg korrupt, von den Schulen über die Polizei bis zu den Finanzämtern. Weil auch Richter bestechlich sind, gibt es keinen funktionierenden Rechtsstaat. Das Wirtschaftsleben wie die Politik werden von oligarchischen Interessen dominiert, was einen freien und fairen Wettbewerb torpediert. In einem solchen Umfeld wird nicht nur das Alltagsleben zur Mühsal, auch das Wirtschaftsleben kann nicht erblühen. Als Konsequenz meiden private Investoren das Land. Der grösste Finanzinvestor in der Ukraine ist eine öffentliche «Hilfsorganisation», nämlich die europäische Entwicklungsbank EBRD.

## Die ukrainische Wirtschaft unter Druck

Einbruch der Wirtschaftsleistung



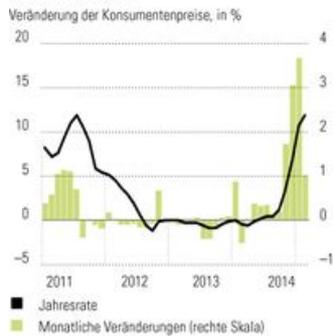
Steigende Arbeitslosenquote



Wachsende Staatsverschuldung



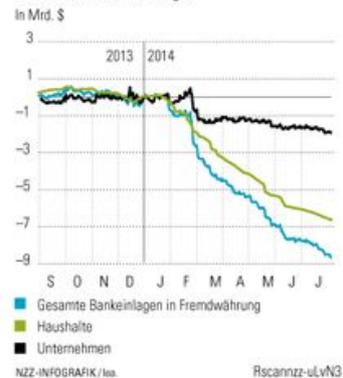
Anziehende Inflation



Abwertung der Hrywnja



Abfluss von Fremdwährungen



## Ungeduld in der Bevölkerung

Im Prinzip ist unbestritten und seit langem bekannt, welche Reformen das Land braucht. Ex-Wirtschaftsminister Scheremeta kann sie ebenso herunterbeten wie Vertreter von internationalen Organisationen und Wirtschaftsverbänden in Kiew. Erstens: eine umfassende Deregulierung, Entbürokratisierung und Entmonopolisierung der Wirtschaft. Wenn etwa ein Grossteil der Vorschriften abgeschafft würde, die den Beamten allein zum Abpressen von Bestechungsgeldern dienen, wäre der Raum für Korruption und Willkür viel geringer. Zweitens: eine radikale Verwaltungsreform. Scheremeta würde gleich alle Beamten entlassen und dann einen Fünftel neu einstellen zu deutlich besseren Salären, damit sich die Annahme von Schmiergeld weniger lohnte.

Drittens: die Einführung eines entschlackten Steuersystems, am besten in Form einer Flat-Rate-Tax. Damit soll einerseits die grassierende Schattenwirtschaft «ans Licht» geholt werden – diese wird auf bis zu 50% der tatsächlichen Wirtschaftsleistung geschätzt, die Mehrheit der Löhne wird etwa noch in Couverts ausgehändigt. Andererseits will man so Investitionen lohnender machen. Schliesslich: die Reparatur des korrupten Rechtsstaates. Tatsächlich ist die «rule of law» wohl die wichtigste Voraussetzung, damit die Wirtschaftsakteure in die Zukunft des Landes investieren.

Vieles davon haben bereits Regierungschef Jazenjuk und der seit Mai amtierende Präsident Poroschenko versprochen. Aber nicht nur die seit dem «Maidan» ausserordentlich aktive Zivilgesellschaft, sondern auch viele Wirtschaftsexperten in Kiew sind zunehmend ungeduldig. «Wir haben keine Zeit für schrittweises Reformieren», sagt etwa Tomas Fiala, der die gewichtige European Business Association (EBA) präsidiert. Die Gelegenheit müsse jetzt am Schopf gepackt werden.

## «Jetzt oder nie»

In vielen Gesprächen kann man hören: «Jetzt oder nie». Die Menschen in der Ukraine haben schon viele enttäuschte Hoffnungen erlebt, etwa die «orange Revolution» von 2004, die kläglich scheiterte. Dieses Mal muss die institutionelle und wirtschaftliche Erneuerung gelingen. Überwiegend lässt sich aber ein vorsichtiger Optimismus spüren, dass es nach den Parlamentswahlen besser werden wird. Man erwartet eine stärker

reformorientierte und weniger von oligarchischen Interessen dominierte Volksvertretung. Das hat vor allem damit zu tun, dass der Partei von Präsident Poroschenko ein deutlicher Sieg prognostiziert wird – und Poroschenko wird als Führungsfigur einiges zugetraut, auch deshalb, weil er als ehemaliger Unternehmenslenker etwas von wirtschaftlichen Notwendigkeiten versteht. Jedoch macht etwa Scheremeta deutlich: Wenn sich wieder nichts ändere, werde man wohl eine neuerliche «Maidan-Bewegung» erleben.

Viele Wirtschaftsexperten in Kiew mögen nicht nur von den Problemen der Ukraine reden. Bernard Casey, der die amerikanische Handelskammer präsidiert, betont – wohl seinem amerikanischen Naturell entsprechend – viel lieber die Chancen und Möglichkeiten. Die Ukraine habe durchaus die Aussicht, vom wirtschaftlichen Gewicht her zu einem G-20-Land aufzusteigen, meint er – natürlich, falls die notwendigen Reformen durchgeführt würden.

Casey schwärmt von hervorragenden ukrainischen Technologien und Ingenieuren etwa in der Luftfahrt- und Raketentechnik, er hält ein «Hightech-Valley» für möglich, quasi ein «Kalifornien des Ostens», und die Handelskammer will derzeit darniederliegenden Firmen wie dem Flugzeugbauer Antonow nach Kräften helfen, mit westlichen Partnern und Märkten in Kontakt zu kommen. Gelobt wird auch der starke IT-Sektor – bereits einer der grössten der Welt – sowie das enorme Potenzial etwa in der Industrie und in der Landwirtschaft. Die Ukraine könne nicht nur wie früher zur «Kornkammer Europas» werden, sondern zum «Einkaufskorb der Welt», erklärt Casey.

## **Land der Möglichkeiten**

In der Tat gilt als unbestritten, dass in der Ukraine mit ihren riesigen Flächen an fruchtbarer Schwarzerde enorme Möglichkeiten in der Agrarwirtschaft bestehen. Erwartet wird auch, dass bei günstigeren Rahmenbedingungen viele westliche Firmen einfachere Tätigkeiten in der Industrie und im Dienstleistungsgeschäft in die Ukraine verlagern werden. Sie können hier auf eine grosse Zahl an gut ausgebildeten Menschen zurückgreifen, und die Löhne liegen weit niedriger als etwa in den benachbarten Ländern Polen und Slowakei.

Das Positive will ebenfalls Sewki Acuner, der lokale Direktor der Entwicklungsbank EBRD, nicht unterbewertet wissen. Natürlich sei die gegenwärtige Lage schwierig. Aber die Krise habe auch dazu geführt, dass sich die Ukraine jetzt «unumkehrbar nach Westen orientiert» habe. Der Westen wiederum sei bereit, diesen Weg zu unterstützen. Acuner sieht eine klare Perspektive: Längerfristig werde es das Land schaffen, seine enormen Schwierigkeiten zu überwinden – und sein grosses Potenzial auszuschöpfen.